

PRESSEMITTEILUNG

Deutsche Sprachwelt

Die Plattform für alle, die Sprache lieben
Postfach 1449 • 91004 Erlangen

Kostenloses Probeexemplar:
bestellung@deutsche-sprachwelt.de

Thomas Paulwitz (Chefredakteur)

Telefon 0 91 31 / 48 06 61

schriftleitung@deutsche-sprachwelt.de

www.deutsche-sprachwelt.de

www.sprachpflege.info

<http://twitter.com/Sprachwelt>

www.xing.com/net/dsw

www.facebook.com/deutschesprachwelt

Tag der deutschen Sprache: Lieber Deutsch retten als den Euro

Erlangen, 7. September 2012 – Als Entschädigung für den milliardenschweren deutschen Beitrag zum Euro-Rettungsschirm soll Deutsch in der Europäischen Union (EU) endlich gleichrangig mit Englisch werden. „Sämtliche Veröffentlichungen der EU müssen vollständig auf deutsch vorliegen.“ Das fordert die DEUTSCHE SPRACHWELT zum morgigen Tag der deutschen Sprache. Die Sprachzeitung weist darauf hin, daß Deutschland einerseits zwar den größten Anteil an den Kreditausfallbürgschaften für EU-Staaten trägt; andererseits spiegle sich jedoch diese hohe Leistung nicht in der sprachpolitischen Wirklichkeit der EU wider. Auch die deutsche Sprache benötige einen Rettungsschirm: „Es ist wichtiger, die deutsche Sprache als den Euro zu retten.“

Auf zahlreichen Ebenen ist Englisch tatsächlich die einzige Arbeitssprache in der EU. Sogar der Netzauftritt des vorläufigen Stabilisierungsmechanismus, der sogenannten „Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF), ist ausschließlich in englischer Sprache (<http://www.efsf.europa.eu>) abgefaßt. Der deutsche Steuerzahler hat jedoch ein Recht darauf, in seiner Sprache zu erfahren, was mit seinem Geld geschieht. Das ist jedoch nicht der einzige Mißstand: Unterlagen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sind meist ausschließlich auf englisch. Bundestagsabgeordnete müssen außerdem häufig über schwierige EU-Vorlagen abstimmen, die zu weiten Teilen nicht in deutscher Sprache, sondern auf englisch abgefaßt sind. Doch was Abgeordnete nicht verstehen, können sie nicht beurteilen.

Am 14. Juni hat der Deutsche Bundestag daher die Bundesregierung dazu aufgefordert, die EU-Kommission auf ihre Übersetzungspflicht hinzuweisen (Bundestags-Drucksache 17/9736). Dieser Forderung schließt sich die DEUTSCHE SPRACHWELT an. Doch leider tue die Bundesregierung noch zu wenig für die deutsche Sprache. So spreche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in EU-Gremien beharrlich ein schwer verständliches Englisch, selbst wenn er auf deutsch angesprochen werde, etwa vom Euro-Gruppen-Vorsitzenden Jean-Claude Juncker.

Unterdessen fragen immer mehr Südeuropäer sowohl in ihrer Heimat als auch in Deutschland nach Deutschkursen. Hier sind besonders Goethe-Institute und Volkshochschulen aufgefordert, ihre Angebote zu erweitern und zu verbessern.

Pressemitteilung:

<http://www.deutsche-sprachwelt.de/berichte/pm-2012-09-07.shtml>